

Bürgerschaftsbeschluss "Politik zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts"
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. September 2009
(Drucksache 17/938)

Politik zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. September 2009
(Drucksache 17/938)
Dazu
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 30. September 2009
(Drucksache 17/949)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

I. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die in dem Bericht des Senats „Lebenslagen in Bremen“ dargestellten Strategien gegen Segregation und Ausgrenzung in ressortübergreifende Maßnahmen zu überführen und der Bürgerschaft (Landtag) Prioritäten für die Umsetzung der Maßnahmen vorzuschlagen. Dabei sollen auch die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel von den einzelnen Ressorts dargestellt werden.

II. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für eine bessere Absicherung des Regelbedarfs in den Grundsicherungsleistungen einzusetzen. Es ist darauf hinzuwirken, dass ein neues und flexibleres Bedarfsbemessungsverfahren etabliert wird, das eine schnellere und genauere Anpassung der Regelsätze an den tatsächlichen Bedarf der Leistungsbeziehenden ermöglicht und dass das System der einmaligen Leistungen auf einen weiteren Ergänzungsbedarf hin überprüft wird.
2. auf Bundebene weiterhin Initiativen zur Verbesserung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zu entwickeln und zu unterstützen.
3. unter Nutzung aller arbeitsmarktpolitischen Instrumente den Ausbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze zu fördern und einen sozialen Arbeitsmarkt für Personen, die noch nicht auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelbar sind, zu etablieren.
4. zu prüfen, auf welchen Gebieten Aufgaben der öffentlichen Hand selbst durchgeführt werden können, um auskömmliche Löhne zu ermöglichen. Dabei sollen die bisherigen Ansätze weiterentwickelt werden.
5. zu prüfen, inwieweit Diskriminierung und soziale Ausgrenzung, die auf bestimmten Merkmalen, wie Geschlecht, Migrationshintergrund, soziale Herkunft, sexuelle Orientierung, Alter oder Behinderung, basieren, durch die Einstellungs- und Personalentwicklungspolitik verringert werden können.
6. verstärkt Möglichkeiten zu prüfen, wie besonders erfolgreiche Projekte im Bereich der sozialen Stadtentwicklung, der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik über den Rahmen zeitlich begrenzter Projektförderungen hinaus eine längerfristige Förderung erhalten können.
7. durch die weitere Förderung von Quartiersbildungszentren an Schulen und die Weiterentwicklung von Kindergärten zu Familienzentren den Austausch unter den Bewohnerinnen und Bewohnern in den Stadtteilen zu intensivieren. Eine besondere Bedeutung haben dabei stadtteilübergreifende Projekte, die das Auseinanderdriften von Quartieren vermeiden.
8. ein Programm zur „Stärkung der Selbsthilfe- und Beratungsstrukturen“ für benachteiligte Bevölkerungsgruppen mit einer Absicherung und Verbesserung der Beratung und der Vernetzung zu entwickeln.
9. darauf hinzuwirken, dass Zugangsbarrieren benachteiligter Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel aufgrund des kulturellen Hintergrunds, bei der Wahrnehmung von Kulturangeboten beseitigt werden.

10. bei der Planung und Entwicklung von neuen Wohngebieten auf eine soziale Vielfalt hinzuwirken. Die dafür erforderliche Infrastruktur soll geschaffen werden.

III. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) bis Anfang des Jahres 2010 einen Vorschlag für die unter I. geforderte Strategie vorzulegen. Weiterhin wird der Senat aufgefordert, regelmäßig über die Umsetzung der Prüfaufträge unter II. Nrn. 1 bis 10 in den Deputationen und Ausschüssen zu berichten.

Senatsbeschluss 6.Oktober 2009

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales zur weiteren Veranlassung und Vorlage eines Entwurfs eines Vorschlags für die unter I. des Antrags geforderte Strategie bis Anfang des Jahres 2010.